

Flexible Renten

Die Illusion der Sicherheit und das Risiko des «Worst Case»

Welche Reform braucht die 2. Säule? Josef Bachmann, Präsident IZS, macht sich für variable Renten stark. Rudolf Rechsteiner, Präsident der Ethos Stiftung, widerspricht. Ein Schlagabtausch über Sicherheit, Risiken – und die Zukunft.

Rudolf Rechsteiner (*1958), Ökonom und Autor, war 15 Jahre SP-Nationalrat und bis 2017 im Grossen Rat Basel-Stadt. Er arbeitet als Berater und Dozent für Energiepolitik, ist Verwaltungsrat der PKBS sowie Präsident der Stiftung Swissaid und der Anlagestiftung Ethos.



Josef Bachmann (*1950) war 15 Jahre Geschäftsführer der Pensionskassen von PwC. Seit der Pensionierung 2017 betreibt der Vater von drei Kindern die Plattform «Vorsorge – aber fair» und ist Präsident des Vereins Innovation Zweite Säule.



Wo sehen Sie das grösste Problem in der 2. Säule?

Rechsteiner: Die Reduktion von Leistungen findet auf breiter Basis statt: tiefere Mindestverzinsung, tieferer Umwandlungssatz, steigendes Rentenalter. Eine echte Umverteilung gab es in den 90er Jahren, als man mit dem Rentnerkapital hohe Gewinne machte, diese aber nur zu einem kleinen Teil an die Rentner weitergab. Heute ist es umgekehrt: Die Rentner verursachen teilweise Verluste. Jetzt fliesst halt etwas mehr von den Aktiven zu den Rentnern. Eine gewisse Umverteilung ist für mich kein Problem.

Bachmann: Wenn wir heute zu hohe Leistungen versprechen, ist das ein finanzielles Desaster für die zukünftigen Generationen. Die Neurentner bekommen viel weniger, sodass wir möglicherweise in Zukunft mit Altersarmut leben müssen.

Malen Sie nicht etwas schwarz?

Bachmann: PK-Leute sind nicht da, um Optimismus zu verbreiten. Wenn es besser kommt als gemäss der vorsichtigen Annahme, sind wir alle glücklich.

Rechsteiner: Dass man den Rentnern einen Bonus gibt, wenn die Kasse voll ist, entspricht geltendem Recht. Das hätte man in den 90er Jahren machen können. Dazumal hat man das Geld verwendet für Prämienreduktionen, die Gewinne flossen so zum Teil in den Sack der Arbeitgeber. Bei den Rentnern stelle ich eine starke Präferenz für Stabilität fest – also auf keinen Fall flexible Renten.

Was spricht für flexible Renten?

Bachmann: Wenn wir Leistungen behutsam, rentnerverträglich anpassen, ist langfristig die Sicherheit der PK gewährleistet. Zentral ist dabei, dass die Renten automatisch erhöht werden, wenn die Anlagerendite besser ist als erwartet. Umgekehrt werden bei ungenügenden Kapitalerträgen die Rentner miteinbezogen, um die Situation der Kasse zu verbessern.

Rechsteiner: Ich zweifle daran, dass das System mit flexiblen Renten gerechter wird. Schon heute werden für Neurentner Reduktionen der Leistungen in Abständen gemacht. Ich lehne es ab, dass man jährlich die Rentenhöhe ändert. Irgendwo gehört ein Nagel in die Wand, man wird pensioniert und erhält eine feste Rente. Bei einem Umwandlungs-

satz von 5 Prozent ist ein Zins von 0 Prozent bereits eingerechnet, also bewegen sich viele Kassen schon heute nahe am «Worst Case», und dies während die Erträge munter sprudeln. Da die Zinsen nie längere Zeit unter Null sinken können, stellt sich das Problem nicht.

Bachmann: Die Meinung ist sehr populär, dass Rentner bei der Pension mit einem lebenslänglich gleich hohen Einkommen rechnen können. Doch die fixe Rente gibt diese Sicherheit gar nicht. Die Rentner sind nur solange glücklich, wie wir keine Teuerung haben. Bei Negativteuerung bekommen sie, zulasten der Jungen, sogar eine reale Leistungserhöhung. Aber was ist, wenn wir grosse Teuerung haben? Dann gibt es, falls die Renten ungenügend angepasst werden, einen Kaufkraftverlust. Deshalb brauchen wir kaufkraftorientierte Renten.

Rechsteiner: Ich bin einverstanden, dass letztlich die Kaufkraft zählt. Wir haben heute aber ein heterogenes Feld: Kassen in Unterdeckung und solche mit 120 Prozent Deckung oder mehr. Im Moment zielt die Umverteilungsdiskussion immer darauf, Leistungen zu kürzen. Das ist aber auf breiter Front bereits passiert. Die noch weiter gehenden Kürzungsvorschläge basieren auf rein theoretischen Überlegungen von sogenannten risikolosen Kapitalanlagen. Das ist aber völlig realitätsfremd. Pensionskassen investieren sehr breit und halten keineswegs bloss mündelsichere Anlagen. Sie erzielen in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt rund 3 Prozent Rendite pro Jahr. Sie haben damit Reserven gebildet und stehen heute viel besser da als vor zehn Jahren. Weitere Kürzungsmechanismen sind gar nicht notwendig, weil der mittlere Deckungsgrad heute bei 114 Prozent liegt – ein neuer Höchststand.

Sehen Sie denn in der 2. Säule gar keinen Handlungsbedarf?

Rechsteiner: Ich glaube nicht, dass man viel machen kann. Man wird sicher bei den Jungen die Sparbeiträge erhöhen und Teilzeitbeschäftigte einbeziehen. Aber es wird kaum zu einer starken Aufstockung von obligatorischen Beiträgen kommen.

Bachmann: Wenn die Kasse sicher ist, haben auch die Versicherten Sicherheit. Ein fixer Rentenbetrag ist eine Scheinsicherheit. Objektiv fahren die Rentner

besser, wenn die Leistung zwar schwankt, aber nahe bei der Teuerung ist.

Rechsteiner: Wenn man neu Renten kürzen darf, vermittelt dies eine falsche Botschaft an den Anlageausschuss einer Pensionskasse. Dieser ist dann eigentlich nicht mehr verantwortlich für die Kapitalsicherung. Das könnte dazu verführen, dass man exotische Anlagestrategien verfolgt oder die Diversifikation preisgibt. Heute sind die Beteiligten ausserordentlich darauf bedacht, dass es nicht zu Nachfinanzierungen kommt. Man verwendet die neuesten Lebenserwartungsmodelle, substanzielle Wertschwankungsreserven beugen einem Börseneinbruch vor. Wenn man sich genug Zeit lässt, sind auch grosse Einbrüche an der Börse irgendwann wieder verschwunden. Eine befristete Unterdeckung – so what?! Wenn man langsam justiert, können alle damit leben. Das ist mir sympathischer als so ein «Renten-Gigampfi» von Fall zu Fall mit individuellen Eckwerten jeder einzelnen Kasse, intransparent und faktisch nicht kontrollierbar.

Bachmann: Das variable Modell macht die Kasse risikofähiger. Die Gefahr, dass dadurch das Kapital verantwortungslos angelegt wird, besteht praktisch nicht. Wenn man aber keinerlei Risiken mehr eingeht und nur noch sichere Anlagen hat, gibt es auf Dauer eine miserable Rendite. Damit ist niemandem gedient.

Populär im Stiftungsrat

red. In der repräsentativen Stiftungsratsumfrage im Auftrag des VPS wurden die Stiftungsräte gefragt, welche Punkte ihrer Meinung nach bei der nächsten Reform der 2. Säule enthalten sein müssten. Mehrfachantworten waren möglich. Am meisten genannt wurde der «Flexible Altersrücktritt», der von 84 Prozent der Stiftungsräte angekreuzt wurde. 75 Prozent der Befragten votierten für eine «Erhöhung des Frauenrentenalters».

Auf Platz drei folgt mit 62 Prozent Nennungen die Möglichkeit für eine «Flexible Altersrente». Eine Senkung des BVG-Umwandlungssatzes oder die Abschaffung des gesetzlichen Umwandlungssatzes dagegen waren deutlich nicht mehrheitsfähig. Die ersten Ergebnisse der neuesten Stiftungsratsumfrage wurden im Juni am Vorsorge-Symposium präsentiert. Weitere Erkenntnisse werden an den VPS-Tagungen im Herbst debattiert sowie in späteren Ausgaben der «Schweizer Personalvorsorge» veröffentlicht.



«Wenn die Kasse sicher ist, haben auch die Versicherten Sicherheit.»

Josef Bachmann

«Die 2. Säule ist kein Automat, wo man oben Geld einwirft und unten kommen Zinsen raus.»

Rudolf Rechsteiner



Rechsteiner: Wenn dies auf Kürzungen von laufenden Renten hinausläuft, bin ich überhaupt nicht einverstanden. Für mich reflektiert diese Haltung die typische Angst des Pensionskässlers, dass ihm das Geld ausgeht. Tatsache ist doch, dass in den letzten Jahren Wertschwankungsreserven stark zugenommen haben und man die Parameter der Versicherung stetig den neuen Realitäten angepasst – konkret gesenkt hat.

Jammern die Pensionskassen auf zu hohem Niveau?

Rechsteiner: Die Zahlungspflichten der meisten Kassen sind kleiner, weil der Umwandlungssatz für den Grossteil der Versicherten faktisch zwischen 5 und 6 Prozent liegt. Aber die Vorsorge ist kein Nullsummenspiel! Wir müssen auch volkswirtschaftlich denken. Dazu gehört, dass die Löhne steigen. Darum können wir uns auch eine längere Lebenserwartung leisten, ohne dass die Jüngeren ärmer werden. Selbst wenn diese in Franken mehr einzahlen, bleibt am Schluss mehr für alle. Man muss nicht auf Vorrat sparen.

Bachmann: Wenn die 2. Säule an die Wand gefahren wird, weil man langfristig viel zu hohe Leistungsversprechen gemacht hat, ist das eine volkswirtschaftliche Katastrophe. Wir müssen uns ernsthaft Gedanken darüber machen, was zu tun ist, wenn die Rahmenbedingungen langfristig schlecht sind. Wollen wir wirklich die Zahlungsunfähigkeit unserer Vorsorge riskieren?

Rechsteiner: Die Gefahr des Übersparens ist grösser. Man darf das Anlagerisiko nicht vergessen. Wenn man immer mehr kapitalisiert, geraten die Kassen in erhöhte Anlagenot, sodass sich die Inflation von Vermögenswerten weiter verstärkt. Wir beobachten eine strukturelle Überbewertung von Liegenschaften, Aktien. Und man kauft auf dem Obligationenmarkt Ramsch zusammen. Die Pensionskassen sind eben auch mitschuldig an der Schuldenkrise, weil sie immer mehr Guthaben bilden, die nicht mit dem Wirtschaftswachstum getaktet sind. Irgendjemand muss die Schulden verzinsen. Wir sind in der Schweiz gar nicht in der Lage, das Kapital zu absorbieren.

Bachmann: Das muss man differenziert betrachten. Die 2. Säule ist aus dem

Gleichgewicht geraten, weil das Kapital der Rentner weniger Rendite hergibt, als man meinte, und weil die Rentner deutlich älter werden als erwartet. Das erfordert permanent eine Kapitalverstärkung, die jemand bezahlen muss. Man kann argumentieren: Die Rentner sind schuldig, sie sollen selber zahlen. Das würde zu einschneidenden Leistungskürzungen führen. Wir müssen einen Ausgleich suchen. Die Rentner dürfen nicht aus der Solidarität ausgeschlossen werden, aber sie müssen auch bereit sein, den Gürtel etwas enger zu schnallen, für mehr Gerechtigkeit unter den Generationen.

Rechsteiner: Die 2. Säule ist aber kein Automat, wo man oben Geld einwirft und unten kommen Zinsen raus und das Kapital zurück. Damit wir uns richtig verstehen: Das ist kein Plädoyer gegen die 2. Säule. Aber wir müssen auch die Arbeitsteilung zwischen Umlage- und Kapitalverfahren offen diskutieren. Die Balance zwischen AHV und 2. Säule ist wichtig. Angesichts der höheren Lebenserwartung könnte auch der Sicherheitsfonds die obligatorischen Leistungen für die Versicherten über 85 übernehmen.

Bachmann: Wegen der stetig sinkenden Umwandlungssätze braucht eine Person, die 2020 pensioniert wird, 50 Prozent mehr Kapital, um die gleiche Leistung wie jene zu bekommen, die das Glück hatte, vor 2005 in Rente zu gehen. Auch bei deutlich höheren persönlichen Beiträgen wird dies kaum möglich sein. Die Aktiven von heute werden nicht nur weniger bekommen, sondern sie müssen jahrelang helfen, die hohen Renten der Alten zu finanzieren. Für den Frieden zwischen den Generationen ist diese Hypothek untragbar.

Rechsteiner: Ich sehe diesen Konflikt zwischen den Generationen nicht. Eine Vorsorgeeinrichtung ist eine Risikogemeinschaft, da gibt es Solidaritäten, auch zwischen Männern und Frauen, Verheirateten und Ledigen. Wichtig ist, dass das System anpassungsfähig ist. Die Arbeitgeber hatten verschiedene Möglichkeiten, Korrekturen einzuführen. Im Überobligatorium gab es diese Reduktionen, auch beim Rentenalter.

Herr Bachmann, Sie runzeln die Stirn.

Bachmann: Die versicherten Löhne sind tendenziell erhöht worden. Es ist unbestritten, dass es mehr Geld braucht. Ohne

Systemanpassung ist das aber ein Fass ohne Boden! Das neue System muss anpassungsfähig *werden*, auch das Rentenalter. Es ist eine Illusion, dass wir uns mit einem Rücktrittsalter von 65 Jahren über Wasser halten können. Heute müssten wir von 70 reden. Wenn wir das Rentenalter 65 zur heiligen Kuh machen, werden die kommenden Generationen unter einer Schuldenlawine zugedeckt.

Ist die Erhöhung des Rentenalters für Sie ein Tabu?

Rechsteiner: Nein, aber der Spielraum ist klein. Zum einen finden heute schon viele über 50-Jährige keine Beschäftigung mehr und sind als Ausgesteuerte auch nicht bei der Arbeitslosenversicherung registriert. Ich bin nicht a priori dagegen, dass man länger arbeitet. Aber wenn man fordert, «wir finanzieren die höhere Lebenserwartung durch eine Erhöhung des Rentenalters», bedeutet das, dass jene Hälfte der Bevölkerung, die dann keinen Job mehr findet, von den bisherigen Rentenansprüchen enteignet wird und der Sozialhilfe anheimfällt. Will man die Lebensarbeitszeit erhöhen, braucht es viel mehr: Weiterbildung und Fördermassnahmen in den Betrieben, damit ältere Personen auch leistungsfähig bleiben können.

Bachmann: Wir brauchen zuerst ein Ja der Arbeitgeber zu Arbeitsplätzen über 65, darin sind wir uns einig. Aber es braucht auch von den Arbeitnehmern ein Umdenken: Sie sollten attraktiv bleiben. Weiterbildung ist sehr wichtig, ja. Aber auch Lohn, Beschäftigungsgrad und Teilpensionierung dürfen kein Tabu sein. Dann werden die Versicherten wählen können: eine höhere Rente oder mehr Freiheit.

Viele Kassen stresst der gesetzliche Umwandlungssatz. Ist er zu hoch?

Rechsteiner: Es kommt auf die Zinshöhe an. Am lautesten schreien die Lebensversicherer, die gerne ihre Dividende für die Aktionäre erhöhen möchten. Bei den autonomen Kassen erkenne ich keine Notlage, dank der Umhüllung und den lockeren Solvenzvorschriften. Die Minimalleistungen sollten nicht gekürzt werden, denn die Bundesverfassung definiert ein Leistungsziel, das heute mit dem BVG-Minimum gar nicht erreicht werden kann.

Also gibt es keinen Grund, den Umwandlungssatz anzupassen?

Rechsteiner: Doch, man könnte das schon anpassen. Aber dann würde ich gern den Vorschlag von Herrn Bachmann aufnehmen, dass man ab einem bestimmten Deckungsgrad zwingend Zusatzausschüttungen macht. Im Moment ist der Umwandlungssatz zu einem politischen Pièce de Résistance geworden. Eine Umverteilung vom Überobligatorium für die Garantie des BVG-Minimums finde ich nicht falsch. Das Leistungsziel in der Bundesverfassung bedeutet, dass wir einen Kern von Leistungen garantieren.

Bachmann: Die Festsetzung des Umwandlungssatzes wäre der wichtigste Entscheid für eine Pensionskasse. Aber sie darf ihn im BVG nicht autonom fällen. Er wird durch die Volksabstimmung festgelegt und ist viel zu hoch. Das ist absurd.

Rechsteiner: Im Paket, das Sie abgelehnt haben, war die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent drin.

Bachmann: Immer noch viel zu hoch.

Rechsteiner: Bei einer Rendite von 3 Prozent in den letzten zehn Jahren ist das durchaus finanzierbar.

Bachmann: Die Kapitalrendite war in den letzten Jahren tatsächlich nicht so schlecht. Aber für viele Pensionäre ist ein grosser Teil ihres Gelds in Oblis angelegt. Wenn jetzt ein Börsencrash kommt, haben wir langfristig nur noch 1 Prozent Gesamtrendite, wenn überhaupt – und schwerwiegende Probleme.

Rechsteiner: Gut, das würde zu grossen Problemen führen, wenn es eintrifft. Es gibt aber auch andere Szenarien. Die Leute, die jetzt an der Pensionierungsschwelle sind, fragen mit Recht: Wieso nehmen wir nicht ein mittleres Modell? Sie sehen das im Mikrokosmos der 2. Säule: Jede Pensionskasse, die Leistungen kürzt, hat eine Besitzstandregelung. Meistens kriegen die letzten zehn Jahrgänge vor der Pensionierung irgendein Gutzi. Man bürdet die Schärfe der Systemänderung nicht einem Jahrgang auf, sondern nimmt die Kurve langsam.

Bachmann: Ich möchte den Zusammenhang zwischen vorsichtigem Umwandlungssatz und der Idee von variablen Renten aufzeigen: Der Umwandlungssatz wird gesenkt, weil die Renditeerwartungen tiefer sind. Bei höheren realisierten Renditen erfolgt aber eine Leistungsverbesserung.

Rechsteiner: Nein, eben nicht. Historisch läuft es so, dass man bei hohen Gewinnen die Beiträge kürzt. Weil im Stiftungsrat die Aktiven sitzen und dann kommen noch die Arbeitgeber, ja hallo, wir haben so viele Überschüsse, wir kommen mit weniger Beiträgen durch.

Bachmann: Das sind Sünden der Vergangenheit! Neu wird ein Automatismus eingesetzt: Falls die Ist-Rendite höher ist als die erwartete, erfolgt eine Erhöhung. Die Leistungsanpassung ist nicht mehr ein Entscheid des Stiftungsrats.

Rechsteiner: Aber die Rentner sind nicht im Stiftungsrat. Das ist der Grund, warum der Gesetzgeber die Renten nicht antasten wollte. Weil sonst die Aktiven Umverteilung auf Kosten der Rentner praktizieren.

Bachmann: Ein Vertreter der Rentner im Stiftungsrat wäre spannend, aber eine weitere Baustelle. Wie würden Sie das lösen?

Rechsteiner: Man muss den Rentnern eine Garantie geben. Sicherheit ist das Ziel des ganzen Systems. Ein Reglement kann man ändern, dann ist die Garantie weg. Der Stiftungsrat hat die Allmacht, gemäss Gesetz alle Fragen der Kasse zu regeln. Daher gibt es schon gute Gründe, warum das heutige Gesetz so ist. Inhaltlich, von den Zielsetzungen her, sind wir nicht so weit auseinander, es sind eher die Herangehensweisen.

Danke für das Gespräch. Höre ich schon ein Schlusswort?

Bachmann: Ich möchte einfach, dass meine Kinder nicht die Geprellten sind. Und ich fürchte, dass man eine Reform vorlegt, die jetzt nicht weh macht, aber übermorgen sehr teuer sein wird.

Rechsteiner: Da habe ich ganz andere Präferenzen, etwa das Klimaproblem. Wenn das Meer pro Jahr mehr als sechs Zentimeter steigt, schafft das weltweit und auch bei uns ganz andere Umverteilungen. |

Interview: Claudio Zemp

Fotos: Patricia Bärtschi Schmid

Anlass für dieses Gespräch, das am 23. Mai in Olten stattfand, war der Artikel von Josef Bachmann «Plan B oder Reform 2030?» in der Ausgabe 4/18. Eine französische Zusammenfassung lesen Sie in der Augustausgabe, deren Akzent der Auswirkung der Inflation auf die Passivseite gewidmet ist.

Les thèmes fétiches des médias en juin

De l'émotion à l'état pur

La CM de football a commencé, le pape est venu nous visiter. Et pendant ce temps, le 2^e pilier a été solide comme un roc dans l'océan médiatique: que des bonnes nouvelles à part quelques catastrophes mineures.

Bonnes ou mauvaises, les émotions font le bonheur des journaux. Après tout, elles leur assurent leur pain quotidien. La mentalité de la presse quotidienne est donc dans l'ensemble diamétralement opposée à celle du monde austère des caisses de pensions où l'on a en horreur l'imprévu et tout est planifié pour des générations. Et pourtant, les deux mondes se rejoignent parfois.

Les touristes au Salon

Avant même que la CM n'ouvre ses portes en Russie, Zurich accueillait le Salon 2^e pilier et le Symposium de la prévoyance. Le babyfoot et les parois de tir au but étaient à l'honneur sur les stands, Coupe du Monde oblige. Entre le sport et la politique il faudrait évidemment toujours faire la part des choses, mais un peu d'enthousiasme ne peut que profiter aux affaires.

Un journaliste de la «Zentralschweiz am Sonntag» était parmi les visiteurs. Son compte rendu a paru le 10 juin sous le titre «Les milliards que les caisses de pensions pourraient économiser». Avec une pointe d'aigreur, le gratte-papier note que les caisses de pensions suisses semblent très bien se porter, mais qu'il reste encore de la marge en matière de transparence des coûts si l'industrie financière peut si copieusement festoyer avec les miettes: «une idée pour le moins dérangeante à l'heure où les rentes rétrécissent comme une peau de chagrin».

Lenzburg mon amour

Dans les années de plein essor, il est particulièrement difficile de nager à contre-courant. On risque de faire la une des manchettes. Contrairement à la plupart des caisses de pensions, CoOpera Fondation collective PUK, la caisse de pensions des artistes, n'investit pas dans les actions cotées en bourse mais préfère

l'immobilier en général et les objets situés à Lenzburg en particulier.

Comme l'annonçait la «Aargauer Zeitung» le 13 juin dans sa rubrique régionale consacrée à Lenzburg-Seetal, CoOpera Fondation collective PUK entend encore renforcer sa présence au lieu de son développement. La caisse de pensions projette, semble-t-il, d'investir 10 millions dans trois immeubles locatifs à cinq étages dans le secteur sud de la gare. La Fondation possède déjà plusieurs terrains et immeubles à Lenzburg dans les environs de l'ancienne usine Hero dans le quartier «Im Lenz», autour de la gare et de la Stapferhaus, dont notamment le «Gleis 1».

Illustre visiteur à Genève

Le pape en personne a rendu visite à la Suisse le 21 juin et célébré une messe à Palexpo qui, selon les sources, a attiré entre 30 000 et 40 000 fidèles. Les mauvaises langues affirment que le pape était venu à Genève faire la promo du film «Un homme de parole» de Wim Wenders qui est actuellement projeté dans les salles de cinéma suisses. En réalité, François a répondu à l'invitation du Conseil œcuménique des Églises qui célébrait ses 70 ans. Genève lui a réservé un accueil digne d'une pop star.

La plèbe catholique a d'autres chats à fouetter en ce moment. C'est ainsi que le Collège catholique du Diocèse de St-Gall a décidé d'allouer des fonds supplémentaires à sa caisse de pensions, pouvait-on lire dans la «Südostschweiz» du 18 juin. Cette injection de l'ordre de 7 millions est nécessaire parce que la fondation est devenue autonome il y a deux ans et a changé de primauté. Une grande partie de l'obole a été financée par les assurés eux-mêmes, les paroisses ont en outre puisé dans la cagnotte de la péréquation financière. Le quotidien a rapporté que la séance du Collège avait été «intense».

Les rentiers sur le chantier

Ce n'est sans doute pas l'intensité qui manque non plus dans les séances de la Fondation pour la retraite anticipée dans le secteur de la construction FAR. Les fronts se durcissent entre les entrepreneurs et les travailleurs du chantier parce que la convention collective de travail arrivera à échéance à la fin de l'année. Le 23 juin, les syndicats ont appelé à manifester: 18 000 travailleurs sont descendus dans la rue à Zurich et ont menacé de faire la grève. Le lendemain, Gian-Luca Lardi, président de la SSE, a pu exposer sa vision des choses dans une interview parue dans la «Sonntagszeitung»: «Je ne comprends pas cette menace». Pour sauver la retraite anticipée, chacun devra faire un vrai effort et contribuer à l'assainissement, tel est le message de Lardi. Les entrepreneurs proposent que les travailleurs du chantier puissent prendre leur retraite à 61 au lieu de 60 ans sans rien perdre de leur rente. La retraite anticipée à 60 ans resterait possible, mais à un prix douloureux: la rente passerait à 3300 au lieu de 4400 francs par mois. Les quinqu- et les sexagénaires représentent le plus important groupe d'âge dans la construction.

La manœuvre de Bigler

Pour trouver plus d'argent pour les rentes, on puise généralement à deux sources, en tout cas pour la prévoyance étatique: les cotisations ou les impôts.

Hans-Ulrich Bigler, Directeur de l'Union suisse des arts et métiers et l'un des gagnants de la votation sur la réforme PV2020 plaide dans le «Tagesanzeiger» du 27 juin pour un relèvement de la TVA de 0.3%, une suggestion qui avait encore fait scandale il y a un an. Bigler souhaite aussi relever l'âge de retraite des femmes à 65 ans, encore un élément qui figurait dans le paquet rejeté. Son argument, c'est que pour l'artisanat et la marge de manœuvre dans le 2^e pilier, une augmentation des impôts serait plus tolérable que l'augmentation des ponctions salariales décidée par le Conseil des Etats pour assainir l'AVS. En plus, les rentiers paieraient aussi une part de l'addition – par exemple les travailleurs du chantier qui doivent batailler pour leur retraite anticipée et les dignitaires catholiques complètement capitalisés. |

Claudio Zemp

Was die Medien im Juni bewegte

Emotionen pur

Die Fussball-WM begann, der Papst kam zu Besuch. Derweil war die 2. Säule der Fels in der Brandung des Medienozeans: nur gute News, abgesehen von ein paar kleineren Katastrophen.

Zeitungen lieben Emotionen, gute wie schlechte, schliesslich leben sie von ihnen. Damit tickt die Tagespresse in der Regel genau gegenteilig wie die auf Generationen hinaus planende und entsprechend nüchterne Pensionskassenwelt. Doch es gibt Überschneidungen.

Touristen an der Messe

Noch bevor die Fussball-WM in Russland ihre Tore öffnete, fand in Zürich die Fachmesse 2. Säule mit dem Vorsorge-Symposium statt. Töggelikasten und Torwände waren an vielen Ständen der Messe präsent, denn wenn auch Sport von der Politik stets sauber getrennt sein sollte, schadet Begeisterung dem Geschäft nicht.

Ein Journalist der «Zentralschweiz am Sonntag» war unter den Besuchern. Sein Bericht erschien am 10. Juni unter dem Titel «Wo Pensionskassen Milliarden sparen könnten». Leicht säuerlich stellte der Kollege fest, dass es den Pensionskassen in der Schweiz offenbar sehr gut gehe. Es gebe aber noch Luft in der Kostentransparenz, wenn für die Finanzindustrie so reichlich Krümel des Kuchens übrig blieben: «Eine unverschämte Vorstellung, zumal in Zeiten, in denen die Renten schrumpfen».

Lenzburg als Hotspot

In Boomjahren ist es besonders schwierig, sich gegen den Trend der Masse zu stellen. Man riskiert, in die Schlagzeilen zu kommen. Anders als die meisten Pensionskassen verzichtet die Künstler-Pensionskasse CoOpera auf Investitionen in börsennotierte Aktien. Sie investiert ihr Vermögen stattdessen vorab in Immobilien, mit Vorliebe in Lenzburg.

Wie die «Aargauer Zeitung» am 13. Juni auf der Lenzburg-Seetal-Seite meldete, will die CoOpera Sammelstif-

fung PUK ihren Entwicklungsort weiter stärken. Danach möchte die Pensionskasse auf der Bahnhofsüdseite zehn Millionen Franken in drei fünfstöckige Wohngebäude investieren. Rund um die ehemalige Hero im Quartier Im Lenz, den Bahnhof und das Stapferhaus in Lenzburg besitzt die Stiftung bereits mehrere Grundstücke und Liegenschaften, etwa das «Gleis 1».

Hoher Besuch in Genf

Der Papst persönlich besuchte die Schweiz am 21. Juni und feierte in der Palexpo-Halle eine Messe mit 30 000 bis 40 000 Gläubigen, je nach Quelle. Ketzerische Zungen behaupteten, der Papst hätte in Genf Promo für Wim Wenders Film «Ein Mann seines Wortes» geleistet, der derzeit in den Schweizer Kinos läuft. Wahr ist, dass Franziskus vom Ökumenischen Rat der Kirchen anlässlich seines 70-jährigen Bestehens eingeladen und in Genf wie ein Popstar gefeiert wurde.

Das katholische Fussvolk hat derweil andere Sorgen. So beschloss das Katholische Kollegium im Bistum St. Gallen eine Nachzahlung in die Pensionskasse der Diözese, wie die «Südostschweiz» am 18. Juni berichtete. Die Nachzahlung von rund 7 Millionen Franken ist nötig, weil die Stiftung vor zwei Jahren verselbstständigt wurde und den Primatswechsel vollzog. Finanziert wird der Obulus zum grössten Teil von den Versicherten selbst, die Kirchgemeinden bezahlen einen Teil des Arbeitgeberbeitrags aus dem Topf der Finanzausgleichsreserve. Die Juni-Sitzung des Kollegiums war gemäss Zeitungsbericht «intensiv».

Rentner auf dem Bau

Auch bei der Stiftung für den flexiblen Altersrücktritt im Baugewerbe FAR dürften intensive Sitzungen stattfinden. Die Fronten zwischen Baumeistern und

Bauarbeitern verhärteten sich, weil der Gesamtarbeitsvertrag Ende Jahr ausläuft. Die Gewerkschaften trommelten am 23. Juni 18 000 Menschen für eine Demo in Zürich zusammen und drohten mit Streik.

Tags darauf konnte in der «Sonntagszeitung» Baumeister-Präsident Gian-Luca Lardi im Interview darlegen, wie er die Sache sieht: «Ich kann diese Drohung nicht verstehen.» Wer die Frührente retten wolle, müsse Hand bieten für eine echte Sanierung, so Lardis Botschaft. Die Baumeister schlugen vor, dass die Bauarbeiter ohne Rentenkürzung mit 61 statt mit 60 in Rente gehen könnten. Weiterhin möglich wäre danach die Frühpensionierung ab 60, aber mit einer schmerzhaften Einbusse: 3300 statt 4400 Franken im Monat. Die Generation der 50- bis 60-Jährigen ist übrigens die grösste Altersgruppe auf dem Bau.

Biglers Manöver

Gemeinhin sind zwei Möglichkeiten bekannt, um mehr Geld für Renten zu generieren: höhere Beiträge oder Steuern, zumindest bei der staatlichen Vorsorge.

Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbands und einer der Sieger der AV2020-Abstimmung, votiert im «Tagessanzeiger» vom 27. Juni nun für eine Mehrwertsteuererhöhung von 0.3 Prozent, die noch vor einem Jahr unerhört gewesen wäre. Ebenso wünscht sich Bigler die Erhöhung des Rentenalters von Frauen auf 65 Jahre, die ebenso Teil des abgelehnten Pakets war. Sein Argument: Fürs Gewerbe und den Spielraum in der 2. Säule sei eine sanfte Steuererhöhung verträglicher als die vom Ständerat beschlossene Erhöhung der Lohnbeiträge zur Sanierung der AHV.

Zudem müssten mit der Mehrwertsteuer auch die Rentner mitzahlen. Möglicherweise sind die mit Ach und Krach frühpensionierten Bauarbeiter und die ausfinanzierten katholischen Würdenträger mitgemeint. |

Claudio Zemp